



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KÖLN-Bayenthal, den 11. August 1953
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 3 30 31

RE/ln

N

↑ A. 21. 31. 7.

Herr Bundesrat,

Ihrem Wunsche entsprechend beehre ich mich,
Ihnen über aktuelle innen- und aussenpolitische Probleme
der Bundesrepublik zu berichten :

I.

Die innenpolitische Struktur ist durch ihre
relativ grosse Stabilität gekennzeichnet. Seit den Wahlen
von 1949 sind keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten.
Damals wurden 86 Prozent der rund 30 Millionen Stimmen zu
Gunsten demokratischer Parteien abgegeben. Die drei Koali-
tionsparteien Christlich Demokratisch Union - Christlich
Soziale Union (CDU/CSU), Freie Demokratische Partei (FDP)
und Deutsche Partei (DP) erhielten 47, die Sozialdemokra-
tische Partei Deutschlands (SPD) 29 und verschiedene nicht-
extreme Splittergruppen zusammen 10 Prozent. Die Kommunisten
erreichten 6 und drei rechtsextreme Gruppen zusammen 3 Prozent.
Die restlichen 5 Prozent entfielen auf Unabhängige. Bei der
Verteilung der Sitze profitierten die grossen Parteien. Ende
Juni 1953 gab es folgende Gruppen im Bundestag (ohne die
beratenden Abgeordneten aus Berlin) : Koalition 215, SPD 130,
Föderalistische Union 19, Kommunisten 14, Fraktionslose 24.
Die Koalition verfügte somit über eine feste Mehrheit. Sie
erreichte aber nicht das für Änderungen des Grundgesetzes
nötige qualifizierte Mehr von 2/3 der insgesamt 402 Sitze.

Extremistische Strömungen wurden bisher erfolg-
reich abgewehrt. Die Sozialistische Reichspartei ist als
verfassungswidrig aufgehoben worden. Eine massive Gruppier-

Herrn Bundesrat Max P e t i t p i e r r e
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements
B e r n



zung nazistischer Elemente ist zur Zeit nicht zu befürchten. Vorstösse, wie der des ehemaligen Staatssekretärs im Goebbel'schen Propagandaministerium, Naumann, blieben vereinzelt. Sie haben für die Wahlen keine entscheidende Bedeutung. Der Neonazismus wagt sich - zwar nicht immer - nur schüchtern an die Oberfläche. Er findet aber keine rechte Resonanz. Schwieriger ist es herauszufinden, in welchem Ausmass nazistische Ideen auch innerlich überwunden sind. Eine bescheidene Zunahme der Rechtsparteien ist nicht ausgeschlossen. Die Kommunisten haben nicht zuletzt durch die Berliner Ereignisse vom 17. Juni weiter an Ansehen verloren. Sie werden - wie andere Splittergruppen - alle Mittel in Bewegung setzen müssen, um auch im neuen Bundestag vertreten zu sein.

Die günstige Entwicklung der letzten vier Jahre ist durch keine Krise gestört worden. Die Verhältnisse auf allen Lebensgebieten bessern sich fortlaufend. Das ist für den Einzelnen spürbar. Die massgebenden Kräfte haben bewiesen, dass mit demokratischen Mitteln trotz bedeutsamer Hindernisse regiert werden kann.

Bei den Wahlen vom 6. September 1953 werden die demokratischen Kräfte die überwiegende Mehrheit erhalten. Fraglich ist nur, welche Richtung das Rennen macht.

Die Politik Adenauers verfolgt zwei Hauptziele: Die Rückgewinnung der Souveränität und den Aufbau eines modernen Sozialstaates. Beide dienen der Beseitigung der Kriegsfolgen. Die Regierung erzielte beachtenswerte Erfolge. Der Wiederaufbau von Handel und Industrie, die damit verbundene Festigung der Währung und die Lockerung der Devisenbewirtschaftung sind die augenfälligsten positiven Resultate. Ihre bzw. Bundesminister Erhards "soziale Marktwirtschaft" entspricht der Mentalität, dem Arbeitswillen und

der Betriebsamkeit der Deutschen. Sie hat im Verein mit den alliierten Hilfen einen unerwarteten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Heute herrscht überall Hochkonjunktur. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte Mitte 1953 einen Tiefstand von wenig mehr als einer Million. Es gelang, rund zehn Millionen Flüchtlinge unterzubringen. Lastenausgleich und Sozialmassnahmen für Kriegs- und Nazigeschädigte sowie der soziale Wohnungsbau sind in Durchführung. Das vorläufig in der Grundstoffindustrie eingeführte Mitbestimmungsrecht half entscheidend mit, ernsthafte Spannungen zwischen den Sozialpartnern zu vermeiden.

Aussenpolitisch konnte die Regierung schrittweise innert kürzester Zeit die Souveränität zurückgewinnen. (Der am 26. Mai 1952 unterzeichnete Generalvertrag sieht nur noch drei alliierte Reservatrechte vor, nämlich die Stationierung von Streitkräften, das Problem Berlin und die Frage der Wiedervereinigung). Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, OECE, EZU und Montan-Union) wurde vorangetrieben. Die Regelung von Schulden aller Art (z.B. Londoner Abkommen, Entschädigungsabkommen mit Israel) hilft mit, den Kredit der Bundesrepublik zu festigen.

Adenauer will seine traditionell westliche Politik fortsetzen. Er gilt nicht nur bei seinen Parteifreunden, sondern auch bei weiten Volkskreisen als hervorragendste politische Persönlichkeit. Die Mehrheit der Bevölkerung anerkennt im allgemeinen seine Leistungen. Sein Vorgehen ist allerdings den Massen nicht immer in allen Einzelheiten verständlich. Dies führt dazu, dass ihm eine eigentliche Popularität fehlt. Das Ansehen des Kanzlers ist jedoch in den letzten sechs Monaten ununterbrochen gestiegen. Vorkommnisse der jüngsten Zeit, wie etwa der Aus-

tritt des liberalen Flügels aus der FDP Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens dürften auf die Stellung Adenauers keinen entscheidenden Einfluss haben. Ein möglicher Rückgang der FDP könnte durch eine Zunahme der CDU-Stimmen wettgemacht werden.

Die Opposition bestreitet den Wahlkampf ohne ein klares Programm. Es fehlt ihr seit jeher an einer umfassenden Konzeption. Seit dem Tode Schumachers gebricht es der Opposition auch an einem Adenauer ebenbürtigen Kopf.

Im Wahlkampf tritt die innenpolitische Auseinandersetzung hinter die aussenpolitische zurück. Die Ziele der Opposition ergeben sich aus ihrer doktrinär marxistischen Einstellung: Sie will die soziale Marktwirtschaft durch die Planwirtschaft ersetzen. Die Grundstoffindustrie soll verstaatlicht werden. Die SPD verspricht wesentlich höhere Sozialleistungen als die bisher zugebilligten. Dieses Versprechen hat für die zahlreichen Schichten, die mit einem Minimum auskommen müssen - etwa 1/3 der Bevölkerung erreicht bloss das Existenzminimum - mehr Gewicht als die Vorwürfe gegen das herrschende Wirtschaftssystem. Wie die Mittel für vermehrte Sozialleistungen beschafft werden sollen, wird nicht gesagt. Die von der Regierung eingehaltene Grenze kann nicht überschritten werden, ohne den Haushalt ernstlich zu gefährden.

Die aussenpolitische Zielsetzung der SPD verliert sich in Allgemeinheiten. Die SPD verkündet, die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten müsse sich auf das ganze freie Europa, nicht nur auf fünf Partner beziehen. Sie verschweigt, wie dieses Ziel in einem Sprung verwirklicht werden soll. Sie hat kein Verständnis für das durch die Verhältnisse bedingte schrittweise Vorgehen Adenauers.

Wiedervereinigung und Europäische Verteidigungs-
Gemeinschaft bilden den Kernpunkt der gegenwärtigen Wahl-
kampagne. Für Regierung und Opposition hängen Wiederver-
einigung und EVG indirekt voneinander ab. Beide sind sich
darüber einig, dass

1. die rasche Wiedervereinigung das Hauptziel jeder deutschen Politik ist,
2. die Wiedervereinigung nur gemeinsam mit den demokratischen Kräften der freien Welt und
3. nur auf friedlichem Wege herbeigeführt werden kann.

Ausserdem besteht Einigkeit darüber, dass freie Wahlen die erste Voraussetzung für die Wiedervereinigung bilden und schliesslich, dass ein vereinigtes Deutschland politisch, wirtschaftlich und kulturell zum freien Westen gehört, sowie dass die Neutralisierung ein untragbarer Preis für die Wiedervereinigung wäre.

Meinungsverschiedenheiten liegen vor über den einzuschlagenden Weg. Der These des Kanzlers: zunächst Stärkung des Westens durch die EVG und dann Verhandlungen mit den Russen setzt die Opposition die Auffassung entgegen, die EVG werde die Wiedervereinigung auf lange Zeit hinaus verunmöglichen. Sie lehnt zwar einen deutschen Verteidigungsbeitrag nicht grundsätzlich ab. Sie will ihn lediglich nicht im Rahmen der EVG leisten und erst, wenn Deutschland seine volle Souveränität wieder gewonnen hat.

Der Kanzler hat es verstanden, diesem Gegensatz in den Augen der Öffentlichkeit die Schärfe zu nehmen. Er befürwortet eine Viererkonferenz, sofern sie auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hat. Daneben will er die EVG vorantreiben. Damit ist dem erhofften Propagandaschlager der Opposition : "EVG oder Wiedervereinigung" die Durchschlagskraft genommen.

Es ist schwierig, eine Wahlprognose zu stellen. Die Parteiblätter haben sich bis heute nicht zu einer eingehenden Analyse hergegeben. Die Unbekannten sind zahlreich. Noch sind nicht alle Kandidaten bezeichnet. Wahlabmachungen sind noch im Gange. Viele junge Wähler und Wählerinnen sind zum ersten Mal stimmberechtigt. Wieviel Stimmen wird der zum ersten Mal an einer Bundeswahl teilnehmende Gesamtdeutsche Block (früher BHE = Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) auf sich vereinigen? Wie wird sich das neue Wahlgesetz, das einer Zersplitterung vorbeugen will, auswirken? Wahrscheinlich wird das Zentrum als Fraktion nicht mehr erscheinen. Ob es den Rechtsparteien und Kommunisten gelingt, eine der zwei Klauseln (5 Prozent der Stimmen oder wenigstens ein Abgeordneter in direkter Wahl) zu erfüllen, ist umstritten.

Der Wahlkampf wird hart, im allgemeinen aber ruhig geführt. Sofern sich nicht wider Erwarten bis zum 6. September ein krisenhaftes Ereignis einstellt, ist kaum mit bedeutenden Gewichtsverschiebungen zu rechnen. Nichts deutet auf ein plötzliches Auftauchen innenpolitisch sensationeller Schwierigkeiten hin. Der von Adenauer erwartete Schachzug des Kremls ist bisher nicht getan worden. Die russische Note vom 5. August ist keinesfalls geeignet, Adenauer bei seinen Anhängern in Misskredit zu bringen.

Es wäre überraschend, wenn eine Partei allein die Mehrheit der Sitze erringen würde. Ebenso unwahrscheinlich dürfte mindestens unmittelbar nach der Wahl die Bildung einer grossen Koalition zwischen den Regierungsparteien und der SPD sein.

Kenner der Lage glauben an Adenauers Sieg. Nach Erhebungen des Instituts für die Erforschung der öffentlichen Meinung, die allerdings kaum die breiten Massen erreichen, sollen fast 50 Prozent der Befragten sich für eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik ausgesprochen haben.

Dem Optimismus des Kanzlers lässt sich die Berechtigung meines Erachtens nicht absprechen.

Sollte es der Koalition nicht gelingen, die Mehrheit zu erhalten, so wäre sie auf die Unterstützung eines heterogenen Zweckverbandes - des Gesamtdeutschen Blocks - angewiesen. Dass dieser mit der SPD eine Mehrheit bilden könnte, ist unwahrscheinlich; mindestens solange man nicht eine entscheidende Zunahme der SPD prophezeien will. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, dass der Gesamtdeutsche Block das Zünglein an der Waage bildet. Er hat sich vorsichtigerweise nicht näher über seine Absichten in diesem Falle ausgesprochen. Seinerzeit trat er für die EVG ein.

Die Folgen eines Regierungswechsels sind nicht übersehbar. Zwar hat die SPD feierlich erklärt, die von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen honorieren zu wollen. Da aber wichtige Abmachungen noch nicht unter Dach sind, würde ein wesentlicher Teil des von Adenauer Erreichten über Bord geworfen. Die EVG bekäme vermutlich den letzten Todesstoss. Der Generalvertrag würde hinfällig, die erstrebte Souveränität in die Ferne gerückt und die künftigen Verhältnisse zu den Besetzungsmächten müssten neu geordnet werden. Wären die Alliierten gewillt, wesentliche Änderungen zuzugestehen? Adenauer behauptet, das Maximum erreicht zu haben. Die Zusammenarbeit in den verschiedenen europäischen Gremien und Organisationen würde mindestens vorübergehend gelähmt, sofern die Sozialdemokraten ihre nationalistische Haltung von heute nicht änderten. Eine sozialdemokratische Regierung müsste sich das Vertrauen des Auslandes zuerst verdienen. Der Kreml wäre um einen hartnäckigen Gegner ärmer. Neben diesen aussenpolitischen Konsequenzen ergäben sich schwerwiegende Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen. Es wäre dabei mit Rücksicht auf die gegenwärtige gute Lage weniger mit

sofortigen, als mit allmählich einsetzenden Störungen zu rechnen. Diese würden selbstverständlich beschleunigt, wenn die Weltwirtschaftslage sich verschlechtern sollte.

II.

Adenauer hat die Richtlinien seiner Aussenpolitik kürzlich folgendermassen formuliert: "Deutschland ist keine Weltmacht mehr. Es kann nur in der festen Gemeinschaft mit anderen Staaten Sicherheit finden. Kein Vertragssystem könnte ein isoliertes Deutschland schützen. Eine nationale Armee könnte es ebensowenig".

Seine Zurückhaltung, verbunden mit dem unerschütterlichen Willen zur Zusammenarbeit, bilden den Schlüssel für seine Erfolge bei den Alliierten. Er wird in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert. Sein Einfluss auf die westliche Politik nimmt stetig zu.

Den Russen begegnet er mit äusserster Skepsis. Er möchte Beweise des guten Willens im Kreml sehen, beispielsweise die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Die Vorkommnisse vom 17. Juni und die Massnahmen der Pankow-Regierung zur Störung der Lebensmittelaktion sind nicht geeignet, seine Haltung zu beeinflussen. Im Gegenteil! Gerade darum sucht er unermüdlich nach konstruktiven Lösungen. Er hat Churchills Vorschlag in abgewandelter Form aufgenommen und wäre bereit, dem Sicherheitsbedürfnis der URSS in multilateralen Abmachungen Rechnung zu tragen. In einem solchen Sicherheitssystem sieht er nicht eine Alternative, sondern eine Ergänzung seiner Europapolitik. Konkrete Vorschläge hat er jedoch bisher noch nicht gemacht. In seiner Umgebung wird an einem wirklichkeitsnahen Plan noch gearbeitet.

Des Kanzlers Sorge ist es, unter allen Umständen Lösungen auf Kosten Deutschlands zu vermeiden. Dazu bedarf er alliierter Hilfe. Sie wird ihm weitgehend gewährt. In allen wichtigen Fragen besteht zwischen Bonn einerseits und Washington, London und Paris anderseits Übereinstimmung im Grundsätzlichen.

Die Hauptpunkte des deutsch-alliierten Programms für die Wiedervereinigung sind :

Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland;

Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland;

Abschluss eines mit dieser Regierung frei vereinbarten Friedensvertrags;

Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag;

die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.

Diese Richtlinien sollen ausschliesslich auf friedlichem Wege verwirklicht werden.

Meinungsverschiedenheiten bestanden über den zweckmässigsten Zeitpunkt und den äusseren Rahmen entsprechender Verhandlungen mit Moskau. Sie sind durch die Ereignisse vom 17. Juni in den Hintergrund gedrängt worden. Alliierte und Deutsche erkannten, dass sie sofort alles in ihren Kräften stehende tun müssten, um dem deutschen Volk die Einheit und Freiheit wiederzugeben.

Auf Grund dieser gemeinsamen Erkenntnisse erfolgte der alliierte Vorschlag an die Russen, auf Viermächtebasis im Herbst 1953 eine Deutschlandkonferenz abzuhalten. Adenauer war an diesem Resultat wesentlich beteiligt.

- 10 -

Die russische Note vom 5. August hat in Bonn nicht überrascht. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, mit dem ich mich heute über die Lage unterhielt, unterstrich, dass der russische Versuch, einen Keil vorzutreiben, völlig gescheitert sei. Die Konferenz von Baden-Baden habe dies in beachtenswerter Weise zum Ausdruck gebracht. Deren Bedeutung liegt übrigens in zwei Punkten. Einmal war die Arbeit am europäischen Zusammenschluss durch die Krisen in Paris und Rom sowie wegen der deutschen Wahlen gehemmt. Die einhellige Bekräftigung des Europagedankens soll den Völkern zeigen, dass neben der Auseinandersetzung mit Russland die Stärkung des Westens unbehindert voranzutreiben ist. Ausserdem bestätigte sich, dass die Franzosen Bedenken haben gegen eine Föderation, wie sie den Deutschen vorschwebt. Diese Meinungsverschiedenheit ist noch nicht ausgetragen. Insbesondere ist die Frage nach dem Schicksal der Souveränität der Gliedstaaten in allen ihren Verästelungen noch offen.

Wichtiger als das Konferenzergebnis ist für Adenauer der Besuch Bidaults in Bonn. Beide sind sich bewusst, dass eine europäische Gemeinschaft nur auf der Basis einer deutsch-französischen Verständigung möglich ist. Die etwas erkalteten Beziehungen zwischen Bonn und Paris will der Kanzler sofort nach den Wahlen neu beleben und Lösungen der hängigen Fragen, insbesondere der Saarfrage, herbeiführen.

Erstaunt hat in Bonn, dass Bidault sich gegenüber Moskau viel skeptischer erwies als erwartet. Eine Tatsache, die für den Kanzler von grosser Tragweite ist. Er beurteilt mit Bidault - und auch mit den vier übrigen Teilnehmern an der Konferenz in Baden-Baden - die russische Note sowie die Rede Malenkows im wesentlichen gleich: Moskau konnte die Viererkonferenz nicht ablehnen, verschiebt aber die Voraussetzungen in grundlegender Weise. Es will alle Fragen in einen Topf werfen, Rot-China mitsprechen lassen und hat die deutschen Anliegen keines Wortes gewürdigt. Bidault hält eine

Konferenz ohne fest umrissene Traktanden für gefährlich. Ein Fehlschlag würde von der russischen Propaganda ausgewertet. Adenauer teilt diese Befürchtungen. Auch er glaubt, dass dem Kreml an einer baldigen Aussprache nichts liegt und dass die russische Note ein Ausweichmanöver ist. Sie hat indessen das französisch-deutsche Einvernehmen nicht getrübt. Die Warnung der Franzosen vor dem deutschen Chauvinismus hat bei Bidault nicht verfangen.

Das deutsche Gespräch mit den anderen Alliierten ist noch nicht über erste Fühlungnahmen hinausgekommen. Bonn teilt die pessimistische Auffassung der hiesigen Vertreter von Washington und London. Im Auswärtigen Amt hält man es nicht für wahrscheinlich, dass die alliierte Antwort noch vor dem 6. September erfolgt.

In seinen bisherigen kritischen Äusserungen gegenüber der Öffentlichkeit hat sich der Kanzler auf das deutsche Problem beschränkt. Für ihn hat China jedenfalls darüber nicht mitzusprechen. Eine erste Prüfung des Textes zeige, dass folgende Fragen ungeklärt geblieben seien :

1. Ist die Sowjetunion bereit, freie Wahlen abzuhalten und dieses wichtigste deutsche Anliegen zu erörtern?
2. Geht die Sowjetunion von ihrer bisherigen These, dass der Friedensvertrag nur unter den Vier Mächten ausgehandelt und Deutschland auferlegt werden soll, ab oder nicht?
3. Ist die Sowjetunion bereit, einer gesamtdeutschen Regierung aussen- und innenpolitische Handlungsfreiheit zu garantieren?
4. Wird die Sowjetunion bereit sein, die Sicherheit Europas und damit auch Deutschlands zu gewährleisten?

Diese Fragen und ihre Weiterverfolgung werden die Deutschen in den Mittelpunkt ihrer kommenden Besprechungen mit den Alliierten stellen.

Das EVG-Problem ist im Rahmen der deutsch-alliierten Besprechungen an zweite oder dritte Stelle gerückt. Es wird überschattet vom Plan einer Viererkonferenz.

- 12 -

Die Krisen in Italien und Frankreich wirken retardierend. Bidault will - so hat er Adenauer erklärt - ebenfalls an der EVG festhalten, muss jedoch den günstigsten Zeitpunkt abwarten, um die Zustimmung des Parlaments einzuholen. Ähnlich liegen die Dinge in Rom. Der Kanzler hat denn auch im Augenblick keine neue Initiative ergriffen, um die Inkraftsetzung zu beschleunigen. Im Auswärtigen Amt ist man trotz aller Schwierigkeiten überzeugt, dass sich der EVG-Vertrag als lebensfähig erweisen wird.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHÄFTSTRÄGER a.i.

Rebsamen